

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinderbeilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark., für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. **Telephon** Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 **Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig **Telephon** 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telephon** 72203

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelseite 35 Wfr., bei Wagnervorbehalt 40 Wfr. **Stellenangebote** 10gepalt. Kolonelseite 25 Wfr. **Familiennachrichten** von Privatpersonen 10gepalt. Kolonelseite mit 50% Nachschlag. **Reklamezeitung** 2 Wfr. **Inserate v. ausw.:** die 10gepalt. Kolonelseite 40 Wfr., bei Wagnervorbehalt 50 Wfr., Reklamezeitung 2,25 Wfr.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen

Am Anfang stehen Worte . . .

Die Regierungserklärung

Der Sozialdemokratische Pressedienst teilt mit: Am Dienstag nachmittags wird der Reichstag mit seiner Regierungserklärung vor den Reichstag treten. Hermann Müller wird einen großen Teil der Punkte berühren, die schon bei den Vorverhandlungen der letzten Wochen eine Rolle gespielt haben, und darüber hinaus noch eine Reihe weiterer Themen ansprechen. Es werden die Fragen der auswärtigen Politik, der Sozialpolitik, der Landwirtschaft, des Mittelstandes, der Finanzen und Steuern eine recht ausführliche Behandlung finden. Es wird gesprochen werden von der Reform der Staatsverwaltung, der Abänderung des Wahlsystems im Sinne einer Verkleinerung der Kreise unter Aufrechterhaltung des Verhältniswahlrechts. Es wird hingewiesen werden auf die Notwendigkeit der Verwaltungsreform. Die Vorlegung des vom Reichsrat verabschiedeten Gesetzesentwurfs über den Nationalfeiertag wird angekündigt. Der Wunsch nach Abschaffung der Todesstrafe wird zum Ausdruck gebracht. Schließlich wird auch mit der durch die Verhältnisse gebotenen Rücksicht ein mit den Grundzügen der Verfassung im Einklang stehendes Schulgesetz in Aussicht gestellt, wobei sich freilich wohl alle Beteiligten darüber im klaren sind, daß es gute Weile haben wird, bis eine solche Vorlage an das Parlament gelangt.

WZ meldet dazu noch: Die Regierungserklärung ist entgegen dem ursprünglichen Absichten sehr ausführlich und dürfte fast eine Stunde in Anspruch nehmen. Sie wird fast alle jene politischen Fragen berühren, die schon bei den interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung eine Rolle gespielt haben. Am Mittwoch wird dann die große politische Aussprache beginnen und voraussichtlich erst am Freitag geschlossen werden. Es werden

dabei zwei Rednergarnituren zu Worte kommen. Danach wird zunächst eine kurze Pause von 3 bis 4 Tagen in den Volkshäusern eintreten, während deren die Ausschüsse sich mit den Aufgaben beschäftigen werden, die ihnen der Reichstag noch als dringlich überweisen wird. So wird der Rechtsausschuss bereits am Mittwoch die Amnestieanträge in Beratung nehmen. Die Amnestievorlage dürfte als erstes Gesetzgebungsgewert nach der politischen Aussprache noch vor den Sommerferien, die von Mitte Juli bis zum Herbst dauern, verabschiedet werden.

Volkspartei fordert unsoziale Steuererhöhung

WZ Berlin, 2. Juli.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat dem Reichstag einen Antrag zugehen lassen, der einen neuen Einkommensteuertarif verlangt, in dem folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen:

1. Bei Lohnsteuerspflichtigen und bei den zu veranlagenden Steuerpflichtigen mit einem 8000 Mark nicht übersteigenden Einkommen soll eine durchschnittlich 20prozentige Senkung des Steuerbetrags eintreten.
2. Bei Steuerpflichtigen mit einem zwischen 8000 und 40 000 Mark liegenden Einkommen soll eine Senkung von 15 bis 20 Prozent eintreten.
3. Bei den höheren Einkommen soll die Grenze der Belastung 33 1/2 Prozent nicht übersteigen.
4. Der Einkommensteuertarif von 10 Prozent ist beizubehalten.

WZ. Die demokratische Reichstagsfraktion ersucht in einem Antrag die Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß in den Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft auch ein Vertreter der Deutschen Bauernschaft und ein Vertreter des deutschen Handwerks entsandt werden.

Hornberger Schießen in Genf

SPD Genf, 2. Juli.

Die Montag-Sitzung der Sicherheitskommission des Völkerbundes war von dem Bestreben getragen, alle Differenzpunkte zu vertragen bzw. dem nichtöffentlichen Redaktionskomitee oder der Völkerbundsversammlung im September zu überlassen und die Arbeiten schnell und recht abzuschließen. In der Sitzung wurden 3 der 6 ausgearbeiteten Modellverträge angenommen. Sämtliche Verträge haben große textliche Änderungen erfahren, wodurch sie akademischer, aber für die praktische Politik wohl weniger brauchbar geworden sind. Versuche politischer Änderungen sind im Redaktionskomitee zurückgewiesen worden. Eine solche Änderung wird am Dienstag bei der Behandlung des vierten Modellvertrages, des Vertrages über die gegenseitige Hilfe bei Angriffen, eine Rolle spielen. Hier verlusten die Mächte der Kleinen Entente und Polen, im Redaktionskomitee, eine Fassung herbeizuführen, die „im Falle eines flagranten Angriffes“ ein sofortiges militärisches Einschreiten der Bundesgenossen ohne Beschluß des Völkerbundes erlaubt. Die Mächte haben sich vorbehalten, falls die Sicherheitskommission ihren Zusatz nicht billigt, denselben im September wieder vorzubringen.

Der Rest der deutschen Kriegsverhütungsvorschläge wurde nach anfänglichem Widerstreben des Engländer dem Redaktionskomitee überwiefen. Blödsinn, wohl um den schlechten Eindruck vom Sonntagabend zu verwischen, vielleicht auch infolge eines französisch-englischen Kompromisses, beteiligte sich England mit einem Zusatzantrag zum dritten der deutschen Vorschläge, zum Waffenstillstands-vorschlag, positiv an der Beratung. Der englische Zusatz, gegen den der deutsche Delegierte nichts einzuwenden hatte und der daraufhin ebenfalls der Unterkommission überwiefen wurde, sieht 1. vor, nicht von einem Waffenstillstand zu reden, sondern von einem Einstellen der Feindseligkeiten, da man ja hoffe, mit diesem Eingreifen den Konflikt endgültig zu beenden. Er sieht weiter vor, daß die im Konflikt befindlichen Mächte sich verpflichten, die Souveränität und die Verpflichtungen aus früheren Verträgen z. B. solche über demilitarisierte Zonen, zu berücksichtigen. Die angekündigte japanische Erklärung ging darauf hinaus, daß Japan gegen eine Völkerbunds-kontrolle sei und sich völlig freie Hand beim Vorliegen der endgültigen Fassung des deutschen Vorschlags vorbehalte. Jugoslawien gab ebenfalls eine Erklärung ab, in der es sich der Ansicht Frankreichs und Polens anschloß, daß die Kontrollfrage und die Sanktionenfrage die Hauptrolle bei der Wirksamkeit der von Deutschland gewünschten Maßnahmen spielen müßten. Italien gab wiederum seinem im großen und ganzen ablehnenden Standpunkt Ausdruck.

Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die Bedeutung der deutschen Vorschläge darin zum Ausdruck kommt, daß sich die vorhandenen Mächtegruppierungen, auf der einen Seite England und Italien, vielleicht auch Japan, auf der anderen Seite Frankreich, die Kleine Entente und Polen, im Laufe der Verhandlungen sehr scharf herausgearbeitet haben.

Frankreichs Kriegsschiffe

II Paris, 3. Juli.

Staatspräsident Doumergue wird sich zusammen mit dem Marineminister am Dienstagmorgen nach Le Havre begeben, wo er am Nachmittag die Flottenparade abnehmen wird. In einer Vorbetrachtung zur Flottenparade spricht das Echo de Paris zum Wiederaufbau der französischen Flotte und stellt in diesem Zusammenhang fest, daß seit dem Jahre 1920 129 Kriegsschiffe mit einem Gesamttonnagehalt von 250 000 Tonnen gebaut oder auf Kiel gelegt wurden. Ende 1927 waren mehr als 50 000 Tonnen Kriegsschiffe bereits probefertig und mehr als 120 000 Tonnen lagen auf Kiel. Im gleichen Jahre wurden 26 alte Kriegsschiffe außer Dienst gestellt. Die Gesamttonnage der im Dienst stehenden französischen Kriegsschiffe für 1928 beträgt 500 000 Tonnen. Der Exzellenz veröffentlicht am Anlaß der Flottenparade in Le Havre eine Unterredung mit dem Marineminister Lenguas über den Wiederaufbau der französischen Flotte. Lenguas erklärte u. a.: Zum ersten Male seit dem Ende der Feindseligkeiten sind 80 Kriegsschiffe und 51 Marineflugzeuge im Kanal zusammengezogen. Die Flottenparade ist die Bekrönung des Wiederaufbaues. Während des ganzen 19. Jahrhunderts hat Frankreich die zweite Stelle unter den Marinemächten der Welt innegehabt.

Die fällige „Verschwörung“

III Budapest, 2. Juli.

Nach Mitteilungen des Blattes A Mai Kap ist der Budapestener Polizei die Aufdeckung einer großangelegten kommunistischen Verschwörung gelungen. Es ist bereits eine große Anzahl von Personen, man spricht von etwa 30, verhaftet worden. Die Polizei verweigert aber noch Auskünfte über Zahl und Herkunft der Verhafteten. Es wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei denen viele Briefe und Dokumente in russischer Sprache beschlagnahmt worden sein sollen. Wie es heißt, soll es der Budapestener Polizei gelunge sein, die Fäden aufzudecken, die Bela Kun von Wien aus nach Ungarn spinnen hat. Die Verhafteten sind zum größten Teil junge Intellektuelle.

SPD Bela Kun erklärt, daß er keine Verurteilung zu drei Monaten schweren Kerkers annimmt. Bela Kun war zwei Monate in Untersuchungshaft. Er wird also am 26. Juli aus dem Gefängnis entlassen und abgeholt.

Wo Diktatoren herrschen

Aus Tirana (Albanien) wird gemeldet: Der Gerichtshof verurteilte vier Angeklagte, die beschuldigt wurden, einen Anschlag gegen den Staatspräsidenten vorbereitet zu haben, zum Tode.

Mehrere Madrid Bürger sind auf Grund des kürzlich in Kraft getretenen Gesetzeswurfes zu 10 000 Pesetas Geldstrafe verurteilt worden, weil sie politische Gespräche geführt hatten.

Kolonialpolitik und Internationale

Von H. Gurland.

Der Brüsseler Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wird in der Mittelpunkt seiner Tagesordnung einige der brennendsten Probleme der Gegenwartspolitik der Arbeiterklasse, wie von dem Exekutivkomitee der SAJ vorgegeben, zu stellen haben. Als besondere Punkte der Kongreßarbeit sind u. a. die Stellung zum Militarismus und die Stellung zum Kolonialproblem vorgegeben.

Das Entscheidende für uns revolutionäre Sozialisten ist, daß diese Probleme unter einem einheitlichen Gesichtspunkt gesehen und behandelt werden als das, was sie in Wirklichkeit sind: Teilausschnitte aus dem Gesamtkomplex des Imperialismus! Hierbei muß aber auch der einzig mögliche Ausgangspunkt der sozialistischen Betrachtungsweise eindeutig zur Geltung kommen. Es handelt sich nicht um vorübergehende, vergängliche Erscheinungen des Tages. Der Imperialismus ist die einzig gegebene Erscheinungsform, in der im Zeitalter des Finanzkapitals die herrschende Klasse ihre Interessen auf dem Gebiete der Weltpolitik geltend zu machen vermag. Es geht also nicht darum, die herrschende Klasse zu zwingen, an die Stelle dieser einen Weltpolitik des Weltfriedens, des Krieges, der Knechtung, Unterdrückung und Ausbeutung der kolonialen Völker eine andere Politik, etwa die Politik der friedlichen Verständigung, des Ausgleichs der kapitalistischen Interessen der imperialistischen Länder mit den wirtschaftlichen Interessen der Kolonien, zu setzen; es geht um die Überwindung des Systems, in dem die herrschenden Klassen eine andere Politik als die des imperialistischen Machtkampfes und der kolonialen Verflavung gar nicht betreiben können, ohne die Krise der kapitalistischen Wirtschaft zu einer Dauererscheinung zu machen; es geht um die Ausrottung der Wurzel des Imperialismus und somit auch der Kolonialpolitik.

Ein Herumkurieren an einzelnen Auswüchsen der imperialistischen Kolonialpolitik würde an der entscheidenden Tatsache, „der barbarischen Methoden der kapitalistischen Kolonisation“, an der „Verflavung und Verelendung der Eingeborenen“, an den „mörderischen, verwüstenden Kriegen“ der kolonialen Unterdrücker, wie der Stuttgarter Internationale Kongreß 1907 das Wesen der Kolonialpolitik des Kapitalismus kennzeichnete, nur einige Begleiterscheinungen, nicht den vom Sozialismus bekämpften Sinn „jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ ändern. Das Leitziel eines jeden sozialistischen Kolonialprogramms ist und bleibt daher der rückwärtslose Kampf gegen die kapitalistische Kolonialpolitik, die nach der Feststellung des Stuttgarter Kongresses „ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß“. Nicht eine „Milderung“ der kapitalistischen Kolonialpolitik, deren „inneres Wesen“ ja doch Raub, Gewalt und Verflavung bleibt, sondern ihre radikale Beseitigung und Ausmerzung: dieser Grundsatz bestimmt die Einstellung des Sozialismus zum Kolonialproblem. Das aber heißt: in den grausamen Methoden der kapitalistischen Kolonialpolitik nicht die Einzelercheinung bekämpfen, sondern den Kapitalismus als System; den Kampf gegen die Kolonialpolitik in der Überzeugung führen, daß nur der Sozialismus das Kolonialproblem zu lösen vermag; gerade deswegen aber mit gesteigerter Kraft immer wieder den Angriff richten gegen die koloniale Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie, um jenes koloniale Heilmittel zu treffen, das zur Existenzsicherung und Existenzverlängerung der Kapitalistenklasse notwendigerweise gehört.

Der Kampf gegen die Kolonialpolitik ist mithin ein revolutionärer Kampf, ein Kampf, der sich gegen den Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung richtet. Aber gerade als revolutionärer Kampf erschöpft er sich nicht darin, lediglich das System zu gelähmen und die leidende Menschheit zu vertrieben auf den erlösenden Tag der sozialen Revolution des Weltproletariats. Denn jeder revolutionäre Kampf erhält seine revolutionäre Weihe dadurch, daß jeder Schritt, jede Handlung, jede Aktion in diesem Kampf einen Erfolg erzielt, der den Gegner trifft, indem er Macht, Ansehen, Einfluß und Selbstbewußtsein des kämpfenden Proletariats vermehrt. Erst eine Kette erfolgreicher Einzelaktionen ergibt eine Bewegung, die kämpft und deren Kampf umwälzende Bedeutung gewinnt. So kann und wird auch der Kampf gegen die koloniale Unterdrückung nichts anderes sein als eine lange Kette von Einzelkämpfen mit ihren besonderen, der jeweiligen Situation angemessenen Kampfzielen, mit ihren besonderen taktischen und organisatorischen Methoden, mit ihren besonderen agitatorischen Lösungen und propagandistischen Parolen. Der Gesamtheit solcher Einzelaktionen Weg und Richtung zu weisen, ist die ausschließliche Aufgabe eines sozialistischen Kolonialprogramms. Mit welchen Tagesforderungen ist der Kampf einzuleiten, mit welchen weitergehenden Parolen ist er in die ausgebeuteten Massen der kolonialen Völker zu tragen, mit welchen programmatischen Zielen ist er zu vertiefen, auszuweiten, in den Endkampf, um den Sturz des kapitalistischen Systems hinüberzuführen? Das sind die Fragen, die ein solches Programm zu lösen hat. Weil